

Gießener Erklärung

Forderungskatalog der streikenden Studierenden

Wir, die streikenden Studierenden der Justus-Liebig-Universität Gießen, haben uns ohne Anstoß von außen dazu entschlossen, uns an unserer Universität Freiräume zu eröffnen, um in disziplinierter Arbeit die Missstände unserer Zeit zu benennen und gegen diese vorzugehen. Dass wir dafür Gesetze und Ordnungen ignorieren mussten, ist eine direkte Folge der einengenden und ausschließenden Bedingungen, unter denen wir leiden und gegen die wir angehen. Jetzt ist die Zeit, schweren Schaden von unserer Gesellschaft und unseren Lebensbedingungen abzuwenden, der unweigerlich aus einer Fortschreibung der jetzigen Verhältnisse entsteht. Die hier veröffentlichten Forderungen sind das Ergebnis unserer gemeinsamen Anstrengung, frei von parteiischer Einflussnahme, taktischem Kalkül und Korruption durch Hierarchien.

Solidarität

Wir haben uns über alle Fachgrenzen und Gruppierungen hinweg zum Streik und zu gemeinsamer Arbeit zusammen gefunden und befinden im Konsens, dass Bildung solidarisch organisiert werden muss. Ein Bildungssystem, das manche Menschen benachteiligt und andere bevorzugt, verfehlt seinen Zweck. Jede Diskriminierung oder Privilegierung entspringt einem antidemokratischen Geist oder einer gesellschaftsspaltenden Ideologie. Bildung kennt keine Partei und jede Ideologie ist Abkehr von Aufklärung und Emanzipation. Solidarität meint: alle. Wissenschaftliche Arbeit bedeutet: keine Perspektive zurücklassen. Das sind Grundsätze des wissenschaftlichen Arbeitens. Ignoranz gegenüber diesen bedeutet: nicht wissenschaftlich arbeiten.

Freie Bildung

Wer immer auch behauptet, den optimalen Bildungsweg für jeden einzelnen und jedes Fach aus der Ferne und im Voraus festlegen zu können, der irrt. Freie Bildung bedeutet, dass jedes Wissensgebiet mit jedem anderen in lebendigem Austausch und gegenseitiger Inspiration steht, getragen durch das Interesse und die Hingabe der Menschen, die sich bilden. Dabei ist evident, dass kein wie auch immer geartetes Forschungsprogramm die Vielfältigkeit und Tiefe der Erkenntnisse erreichen kann, die sich aus einem freien Bildungssystem von selbst ergeben.

Demokratische Teilhabe

Wir sind erwachsene Menschen. Die überbordende Fremdbestimmung an den Hochschulen aber macht uns zu bevormundeten Kindern, denen die Kompetenz zur Selbstbestimmung abgesprochen wird. Diese Infantilisierung einer ganzen Bildungsgeneration befördert autoritäre Handlungs- und Denkmuster in der Gesellschaft und behindert die Entwicklung von Problemlösungskompetenzen, von denen unser aller Zukunft abhängt.

Politische Forderungen an den Bund und die hessische Landesregierung...

Master für Alle

- Wir fordern, dass alle Bachelor-Absolvierenden unabhängig von ihrer Abschlussnote einen Master-Studienplatz erhalten können. Wir fordern eine Anpassung der Masterplätze an die ständig steigende Anzahl von Bachelor-Absolvierenden und einen Rechtsanspruch für alle Bachelor-Absolvierenden auf einen Masterstudienplatz.

Zugangssperren

- Wir fordern die Abschaffung bundesweiter Studiengangssperren, der Zwangsexmatrikulation und des „endgültigen Nichtbestehens“ von Modulen. Es gilt der Vielzahl an Gründen, die einen Studierenden daran hindern, die Prüfung bei der beschränkten Anzahl von Versuchen zu bestehen, Rechnung zu tragen.

Bildungsfinanzierung

- Wir fordern die Ausfinanzierung des Bildungssystems und der Hochschulen gemäß des vorhandenen Bedarfs, um eine qualitativ hochwertige Bildung in der Breite zu ermöglichen. Die Mittelverteilung darf dabei nicht an die Drittmittelinwerbung, Absolvierendenquoten oder sonstige Leistungsindikatoren gekoppelt sein.

Politische Forderungen an den Bund...

Studienfinanzierung

- Wir fordern ein elternunabhängiges Bafög für alle Studierenden, unabhängig von Altersgrenzen, auch für ausländische Studierende (unabhängig von deren Aufenthaltsdauer) und Teilzeitstudierende. Der Zugang zur Bildung darf nicht von finanziellen Hürden beeinflusst werden, daher ist eine Erweiterung des Bafög-Systems dringend notwendig.

Politische Forderungen an die hessische Landesregierung...

Mittel zur Verbesserung der Qualität der Studienbedingungen und der Lehre

- Wir fordern das "*Gesetz zur Herstellung von Chancengleichheit an hessischen Hochschulen*" unangetastet zu lassen. Die Praxis, Studierende in paritätisch besetzten Gremien über die Vergabe von QSL-Mitteln entscheiden zu lassen, hat sich in der Praxis bewährt und zu nennenswerten Verbesserungen geführt.
- Wir fordern die Universität dazu auf, mit der rechtswidrigen Praxis aufzuhören, Personalstellen und Mittel, die zur Grundsicherung der Lehre gehören, aus QSL-Mitteln zu bezahlen. Ebenso ist die Finanzierung eines kompletten Masterstudiengangs aus QSL-Mitteln, wie z.B. beim Studiengang "Bildung und Förderung in der Kindheit" unzulässig. QSL-Mittel sind Studiengebührenersatzmittel zur Qualitätsverbesserung der Lehre und kein „Notnagel“ für ein brüchiges Bildungssystem.

Hessisches Hochschulgesetz¹ und studentische Mitbestimmung

- Wir sprechen uns gegen das Prinzip aus, dass die Universitäten ihre Zulassungszahlen und die Vergabe von Studienplätzen auf Grund der Ermittlung ihrer Kapazitäten festsetzen sollen (§6). Wir fordern Hochschule und Land auf, den tatsächlichen Bedarf an Studienplätzen zu ermitteln und daraufhin die benötigten Plätze zu schaffen.
- Wir lehnen die Verpflichtung der Hochschulen ab, Drittmittel einwerben zu müssen. (§8) Zudem sprechen wir uns gegen die in §29 genannte Bestimmung aus, die besagt, dass die Mittel „für den vom Dritten bestimmten Zweck zu verwenden und zu bewirtschaften“ sind. Wir fordern die Möglichkeit zur Drittmitteleinwerbung ohne den Zwang dazu und die freie Verfügungsgewalt der Hochschulen über die Drittmittel. Wir fordern die Freiheit von Forschung und Lehre.
- Wir fordern, dass gesetzlich verankert bleibt, dass die Studienfachberatung weiterhin auch eine Aufgabe der ProfessorInnen ist. (§14) ProfessorInnen mit ihren unterschiedlichen wissenschaftlichen Schwerpunkten stellen oftmals Orientierungspunkte für Studierende dar, an denen sie ihre eigene wissenschaftliche Entwicklung ausrichten. Damit sind sie auch die ideale AnsprechpartnerInnen für individuelle Fragestellungen der Studierenden.
- Wir fordern die gesetzliche Verankerung, dass alle Studiengänge auch als Teilzeitstudiengänge studierbar sein müssen. (§15)
- Wir sprechen uns gegen die in §15 eröffnete Möglichkeit aus, dass für Studienangebote mit besonderem Betreuungsaufwand für graduierte BewerberInnen Gebühren für Mehrkosten erhoben werden können. Auch die in § 16 genannte

¹ Unsere Forderungen in Bezug auf den Gesetzesentwurf zum Hessischen Hochschulgesetz vom 04. September 2009 (Drucksache 18/1044)

Bestimmung, kostendeckende Entgelte für die Teilnahme an Weiterbildungsangeboten zu erheben, ist zu streichen.

- Auch die Gebühren für GasthörerInnen sind zu streichen (§ 55).
- Ebenfalls fordern wir die Streichung des in § 56 genannten Verwaltungskostenbeitrags. Wir fordern ein unentgeltliches Studium für alle.
- Wir fordern, dass die Gremien der Hochschulen, wie Senat und Fachbereichsrat, weiterhin grundsätzlich öffentlich tagen und nicht nur hochschulöffentlich (§34). Sowohl die Presse, als auch die interessierte Öffentlichkeit darf nicht ausgeschlossen werden, um für mehr Transparenz zu sorgen.
- Wir sprechen uns klar gegen die Verlagerung von Entscheidungskompetenzen auf die Leitungsebenen aus, wie sie bereits in der Vergangenheit vorgenommen wurde und weiter betrieben wird. Das betrifft zum einen die Verschiebung von Kompetenzen weg vom Senat hin zum Präsidium (z.B. §36, §37 und §38) und zum anderen vom Fachbereichsrat hin zum Dekanat (§44, §45 und §46).
- Die Neugestaltung des Hochschulrates (§ 42) lehnen wir in Gänze ab. Der Hochschulrat muss weiterhin ein beratendes Gremium bleiben. Es ist nicht nachvollziehbar wie ein Gremium, das explizit NICHT aus Mitgliedern der Hochschule bestehen darf, mehr sein kann als ein beratendes Gremium. Ihm weitreichende Entscheidungsbefugnisse über die Belange der Hochschulen zu geben, ist ein nicht zu rechtfertigender Eingriff in die universitäre Selbstverwaltung. Der Senat ist formal oberstes beschlussfassendes Gremium und bekommt mehr und mehr eine subsidiäre Rolle zugewiesen. Dagegen sprechen wir uns aus.
- Insgesamt ist die studentische Mitbestimmung in den verschiedenen Gremien zu stärken. Die Studierenden sollten in allen universitären Gremien ein angemessenes Stimmrecht erhalten.
- Wir fordern, dass im Falle, dass keine ausreichenden deutschen Sprachkenntnisse nachgewiesen werden können, nicht die Immatrikulation versagt werden darf (§57). Die deutschen Sprachkenntnisse müssen auch noch während des Studiums erworben werden können, sofern sie für das Studium überhaupt relevant sind.
- §59 (3) Satz 2 ff. ist zu streichen. Die Möglichkeit Studierende zu exmatrikulieren, wenn sie politisch motivierten Protest ausüben, lässt eine massive Einschränkung der Versammlungsfreiheit und der Möglichkeiten zur außerparlamentarischen Partizipation befürchten. Dieser Abschnitt stellt ein Repressionsmittel gegenüber den Studierenden dar. Für die Entscheidung über die in §59 (3) Satz 1 begründeten Exmatrikulationen soll ein Gremium zuständig sein, das zur Hälfte mit Studierenden besetzt ist. Diese studentischen Mitglieder sollen vom Studierendenparlament gewählt werden.

- Die Konzeption, dass Professuren sowohl Lehr- als auch Forschungsaufgaben in einem ausgeglichenen Verhältnis wahrnehmen, halten wir für wichtig. Wir sprechen uns gegen die Trennung von Forschung und Lehre bei Professuren aus (§61).
- Die Organe der Verfassten Studierendenschaft, der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA), der Rechnungsprüfungsausschuss und der Ältestenrat, dürfen nicht zur hochschulpolitischen Disposition gestellt werden (§76ff). Gerade der gegenwärtig noch vorgeschriebene Rechnungsprüfungsausschuss, der wesentlich für die Kontrollfunktion des Studierendenparlaments ist, muss ein fester Bestandteil im Hessischen Hochschulgesetz bleiben.

Wir fordern die Beibehaltung mehrerer wesentlicher Punkte zu den Wahlen.

- Die Bestimmung die Voraussetzungen für eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu schaffen (§13) muss beibehalten werden.
- Die Wahlen zum Studierendenparlament sollen weiterhin gleichzeitig mit den Wahlen zu den Kollegialorganen der Hochschule durchzuführen sein und die Wahlunterlagen sollen weiterhin von der Hochschule bereitgestellt werden und entsprechend der Wahlordnung der Hochschule versandt werden (Alter § 97).
- Wir fordern die Streichung des §76 (4). Eine hohe Wahlbeteiligung ist prinzipiell und natürlich auch bei den Wahlen zur Studierendenschaft anzustreben. Das Ansinnen jedoch diese dadurch zu erreichen, dass bei einer zu geringen Wahlbeteiligung die Gelder, die für die Arbeit der Verfassten Studierendenschaft zur Verfügung stehen, eingeschränkt werden, ist nicht zielführend. In einer solchen Situation ist eine Stärkung der hochschulpolitischen Arbeit der Verfassten Studierendenschaft notwendig. Eine Verringerung der Mittel für diese ist völlig kontraproduktiv.

Wir fordern von der Universität...

Modularisierte Studiengänge

- Wir fordern, dass die Studierenden auslaufender Studiengänge ihr Studium ohne zeitliche Begrenzung beenden können.
- Wir fordern die freie Wahl der Inhalte bzw. der Seminare oder Vorlesungen im Rahmen der Fachrichtungen. Die Abfolge und die Länge² der Module müssen nach inhaltlichen Schwerpunkten selbst bestimmt werden können. Daher müssen Module flexibel, sowohl in einem, als auch in mehreren Semestern abgeschlossen werden können, um die grundsätzliche Freiheit und Individualität der Bildung zu fördern und u.a. auch Auslandssemester und Teilzeitstudium zu ermöglichen. Das Angebot an Lehrveranstaltungen sollte es zulassen, diese nach inhaltlichen Kriterien auszuwählen und sollte nicht durch einen zu engen Stundenplan festgelegt werden. Um eine hohe Flexibilität zu garantieren, müssen überfüllte Module in beiden Semestern (Winter- und Sommersemester) angeboten werden.
- Der Studienverlaufsplan soll nur ein Vorschlag zur Gestaltung des Studiums sein. Aus ihm dürfen keine Verbindlichkeiten resultieren, um ein selbstbestimmtes Studium zu garantieren und besondere Lagen (z.B. Auslandsstudium, Teilzeitstudium) zu berücksichtigen.
- Wir fordern die Möglichkeit, Fächer unabhängig vom Modulplan und der eigenen Fachrichtung belegen zu können und diese für das Studium angerechnet zu bekommen. Die Anerkennung muss in jedem Studiengang gewährleistet werden und die Vergabe von Creditpoints muss in Hinblick auf den Workload angemessen sein. Zudem ist die Ausweitung des außerfachlichen Kompetenzangebotes erforderlich. Außerdem müssen die Studierenden besser über das Kompetenzangebot informiert werden.
- Wir fordern eine höhere nationale und internationale Mobilität zwischen den Hochschulen. Module und Veranstaltungen, die an Universitäten in Deutschland und im Ausland belegt wurden, müssen an der eigenen Universität, in der entsprechenden Fachrichtung, anerkannt werden.
- Wir fordern die generelle Abschaffung der Anwesenheitspflicht in allen Fachbereichen und Veranstaltungen, da sie eine Entmündigung der Studierenden darstellt und sie in ihrer Freiheit erheblich einschränkt. Freiwillige Anwesenheit ist Voraussetzung für erfolgreiches Lernen.
- Wir fordern die Verlängerung der Regelstudienzeit des Bachelorstudiengangs von sechs auf acht Semester, sowie der Gesamtstudienzeit mit konsekutiven Masterstudiengängen auf mehr als zehn Semester.

² Gemeint ist hiermit die freie, zeitliche Einteilung des Besuchs der Modulveranstaltungen.

- Wir fordern einen fachbereichsübergreifenden Leitfaden der JLU zum wissenschaftlichen Arbeiten!
- Wir fordern einen veranstaltungsfreien Mittwochnachmittag, damit sich Studierende ohne Nachteile hochschulpolitisch engagieren können.
- Wir fordern, dass hochschulpolitisches Engagement in das AFK- Programm aufgenommen wird. Die Ausgestaltung erfolgt in enger Kooperation mit der verfassten Studierendenschaft.
- Wir fordern den festgeschriebenen und automatischen Ausfall von Veranstaltungen bei universitären und fachbezogenen Vollversammlungen.

Barrierefreiheit

- Wir fordern einen diskriminierungsfreien Zugang zu Informationen, der Infrastruktur, zu Inhalten und zu Studiengängen an der gesamten Hochschule.
- Wir fordern eine Ausweitung von Angeboten, individueller Unterstützung und Beratung für Studierende mit einer Behinderung oder chronischer Erkrankung.
- Wir fordern den Entschluss der JLU für ein Konzept, um Barrierefreiheit in den verschiedenen Bereichen für Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung umzusetzen. Dies soll eine Zeitachse hinsichtlich der Umsetzung von nicht mehr als drei Jahren umfassen und erstreckt sich über bauliche Infrastruktur, Lehre, Forschung und die Einbindung von Betroffenen.
- Wir fordern die JLU auf, Sofortmaßnahmen im Bereich der Diskriminierungen im Bereich des Studiums zu veranlassen. Die betrifft einen wirkungsvollen Nachteilsausgleich, Studienassistenz, barrierefreie Gestaltung von Lehrinhalten und damit verbundene Infrastruktur.
- Das Präsidium muss sich verpflichten, jährlich zu Beginn des Sommersemesters einen Umsetzungsbericht zum Thema „Barrierefreiheit“ vorzulegen, der in einer öffentlichen Sitzung diskutiert werden muss.
- Das Präsidium muss den Selbstvertretungsanspruch von Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung anerkennen. Es muss sich zu einem Dialog mit den Betroffenen verpflichten.

Familienfreundlichkeit

- Wir fordern eine Übernahme der Kosten, die für die Betreuung der Kinder außerhalb der Regelbetreuungszeiten der Kitas anfallen, nach dem Marburger Modell, um den Besuch aller Veranstaltungen zu gewährleisten.
- Wir fordern die Schaffung von weiteren Kita – Plätzen und die Öffnung aller universitären Kitas für alle Studierende ohne Berücksichtigung des Wohnsitzes, um eine umfassende Betreuung am Studienort zu gewährleisten.

- Wir fordern eine gesunde, ausgewogene und kindgerechte Verpflegung auf regionaler Bio-Basis für alle universitären Kitas und den Mensa-Kinderteller. Dadurch entstehende Kosten müssen sozialverträglich und solidarisch verteilt werden, damit es zu keiner sozialen Diskriminierung/ Selektion kommt.
- Wir fordern einen Eltern-Kind Raum und Wickelräume in jedem Gebäude/ -trakt, um genügend Ruhe und Wickelmöglichkeiten zu schaffen.
- Wir fordern familiengerechte und barrierefreie Wohnräume in Universitätsnähe für Studierende, um die Mobilität zu verbessern.
- Wir fordern die Möglichkeit für studierende Eltern individuelle bzw. alternative Leistungsnachweise erbringen zu können.

Studentische Hilfskräfte

- Wir fordern die Universität auf, mit der Hilfskraftinitiative Gießen Kontakt aufzunehmen, die Forderungen ernsthaft zu diskutieren und sich auf eine Zusammenarbeit zu einigen.
- Wir fordern, dass die Personalabteilung aller Hilfskräfte über ihre Rechte (u.a. Urlaubsanspruch, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall) ausführlich informiert.
- Wir fordern die Universität auf, sich für eine tarifvertragliche Absicherung der Hilfskräfte und eine Aufnahme der Beschäftigungsgruppe in den Personalrat stark zu machen, um die rechts- und schutzlose Situation zu beenden.
- Wir fordern, dass TutorInnenstellen nach Kompetenz und unabhängig von Fachsemesteranzahl oder bisher erreichten Creditpoints vergeben werden.
- Wir fordern eine bessere Vorbereitung und Betreuung für Hilfskräfte bzw. TutorInnen, z.B. durch didaktische Weiterbildungsmöglichkeiten während der Arbeitszeit.
- Die tatsächlich geleistete Stundenzahl studentischer Hilfskräfte muss vollständig vergütet und der Stundenlohn für selbige erhöht werden. Die Arbeitszeit studentischer Hilfskräfte darf die im Vertrag festgelegte Stundenzahl nicht überschreiten.
- Wir fordern eine fristgerechte Bezahlung seitens der Universität.

Personal

- Aus studentischer Sicht fordern wir die Umwandlung von dauerhaften Lehraufträgen, die der Grundsicherung der Lehre dienen, in Festanstellungen, um die Beendigung der prekären Arbeitsverhältnisse der Lehrbeauftragten zu erwirken. Lehraufträge sollten eine Ausnahme darstellen und lediglich zur Herstellung von Praxisnähe und Vermittlung von Spezialwissen/ Fähigkeiten verwendet werden.

- Aus studentischer Sicht sollen Dozierende nicht „ehrenamtlich“ Stunden halten müssen, damit die Lehre erhalten bleibt. Denn ehrenamtliche Veranstaltungen sind ein Privileg und kein Grundrecht.

Teilzeitstudium

- Das Teilzeitstudium muss institutionalisiert werden. Es muss mehr Geld, Personal und Infrastruktur bereitgestellt werden. Dadurch wird mehr Unterstützung für alle Teilzeitstudierende gewährleistet. Die Koordination der Beratungsstellen muss von der Universität übernommen werden.
- Wir fordern einen Austausch zwischen den Fachbereichen und den Beratungsstellen, um eine individuelle und hilfreiche Beratung zu gewährleisten.
- Wir fordern die Bereitstellung beispielhafter Verlaufspläne für alle Studiengänge.

Praktikum

- Eine attestierte Krankheit darf kein Grund für das Nichtbestehen von Praktika sein, welches zu Nichtbestehen einiger Module führt.
- Fachspezifische Praktika müssen anerkannt werden, auch wenn sie vor dem Studium absolviert wurden. Auslandspraktika, die fachspezifisch sind, müssen anerkannt werden.
- Wir fordern, dass Klausuren nicht während und direkt nach der Praktikumsphase stattfinden und dass Abgabetermine von Hausarbeiten aufgrund des Praktikums flexibel verlängert werden können.
- Wir fordern qualitativ hochwertige Vor- und Nachbereitungsseminare.
- Wir fordern die Möglichkeit semesterbegleitender Praktika. Praktika sollen nicht nur am Stück absolviert werden können.
- Wir fordern die freie Wahlmöglichkeit der Praktikumsstellen, orientiert am jeweiligen Studienfach.
- Die Praktikumsuche muss bei Bedarf durch die Universität bestmöglich und professionell unterstützt werden. Dazu sind qualifizierte Beratungsstellen und deren bessere personelle und finanzielle Ausstattung nötig.

Online-Plattformen

- Wir fordern die dauerhafte Synchronisierung des elektronischen Vorlesungsverzeichnisses mit der Lernplattform StudIP.
- Wir fordern die Trennung von Veranstaltungsanmeldung (StudIP) und Prüfungsanmeldung (FlexNow).

- Wir fordern die Schaffung eines gerechten Zugangs zu den Veranstaltungen für alle Studierenden und die Abschaffung des „Wer zuerst kommt, malt zuerst“.

Flexnow

- Wir fordern eine ausreichende technische Dimensionierung, um Überlastung im Anmeldezeitraum zu vermeiden
- Wir fordern ein gerechtes Anmeldeverfahren durch die Verwendung von Losverfahren und Wartelisten. Für Personen, die keinen Platz bekommen, müssen ausreichend adäquate alternative Veranstaltung im gleichen Semester angeboten werden.
- Es soll ein provisorisches Anmeldeverfahren eingeführt werden, in dem bereits zum Ende des Semesters unverbindlich der Bedarf für bestimmte Veranstaltungen ermittelt werden kann. So lange ein solches Verfahren nicht existiert, soll in Flexnow ein extra Button geschaffen werden, durch den Studierende auch bei belegten Seminaren ihr Interesse bekunden können.
- Wir fordern, dass die Eintragung erst zu Uhrzeiten freigeschaltet wird, in denen auch die öffentlich zugänglichen Kartenleser erreichbar sind.
- Wir fordern eine automatische Ummeldung bei Veranstaltungswechsel innerhalb eines Moduls.

Lernplattformen

- Wir fordern die Nutzung der elektronischen Lernplattformen (vor allem von StudIP) von allen Dozierenden.
- Wir fordern, dass Materialien und Texte für Veranstaltungen immer elektronisch zugänglich gemacht werden.

Wir fordern von allen Fachbereichen...

Modularisierte Studiengänge

- Die generelle Anwesenheitspflicht muss in allen Fachbereichen und in allen Veranstaltungen abgeschafft werden, da sie eine Entmündigung der Studierenden darstellt und sie in ihrer Freiheit erheblich einschränkt. Freiwillige Anwesenheit ist Voraussetzung für erfolgreiches Lernen.
- Die auslaufenden Studiengänge müssen ihr Studium ohne zeitliche Begrenzung beenden können.
- Wir fordern die freie und eigenständige Wahl des Themas der Thesis-Arbeit und des/der betreuenden DozentIn, auch von anderen Universitäten, durch Ausweitung der Betreuungskapazitäten. Dafür ist die Besetzung weiterer qualifizierter Stellen erforderlich.
- Wir fordern die Reduzierung der Wochenstunden sowie eine in Zusammenarbeit mit den Studierenden erarbeitete Übereinstimmung von Workload und Creditpoints. Die angesetzten Wochenstunden für die Absolvierung des Studiums in der Regelstudienzeit müssen auf ein realistisches Pensum gesenkt werden, damit eine kritische und reflektierte Vertiefung in die zu studierenden Themen gewährleistet werden kann.
- Wir fordern, dass die Anzahl der abzuleistenden Prüfungen und Pflichtveranstaltungen verringert wird, um eine individuelle Schwerpunktsetzung und eine vertiefende Auseinandersetzung mit dem zu behandelnden Stoff zu ermöglichen und eine größere Wahlmöglichkeit zu garantieren. Die nähere Ausarbeitung wird in Abstimmung mit Studierenden und Dozierenden verfasst.
- Wir fordern, dass bei Klausuren und mündlichen Prüfungen zwei Prüfungstermine angeboten werden müssen. Die Studierenden sollen, um eine bessere Vorbereitung zu gewährleisten, einen der beiden Prüfungstermine frei wählen können.
- Wir fordern, dass die Abgabefristen für Hausarbeiten verlängert und flexibler gestaltet werden. Dabei müssen die besonderen Ansprüche bei der Durchführung von Praktika, Auslands- und Urlaubssemestern Berücksichtigung finden. Für umfangreichere Hausarbeiten muss es möglich sein, mit den Dozierenden eine längere Bearbeitungszeit abzusprechen.
- Wir fordern eine bessere Terminkoordination von Veranstaltungen und die Einhaltung von geblockten Zeiten.
- Wir fordern, dass Modulbeschreibungen und Prüfungsordnungen immer aktuell gehalten werden und im Internet verfügbar sind.
- Wir fordern, dass die einem Modul zugeordneten Veranstaltungen mit der Modulbeschreibung übereinstimmen.

- Wir fordern eine transparente Darstellung der Studiengangstruktur und der Studieninhalte im ersten Semester. Es muss über den Abschluss, die Inhalte, die Anforderungen, die Arbeitsfelder und die Weiterbildungsmöglichkeiten informiert werden.
- Wir fordern mehr Module, die nicht verpflichtend sind.
- Wir fordern weit gefasste Modulbezeichnungen, um mehr Themenfelder integrieren zu können und die Anerkennung bereits erbrachter Leistungen zu erleichtern.
- Wir fordern ein vielfältigeres Veranstaltungsangebot, um kleinere Seminare zu schaffen, die unterschiedliche Lehrmethoden aufgreifen.
- Wir fordern ein Mitspracherecht bei der Gestaltung von Seminaren.
- Wir fordern klare Fristen für die Notenbekanntgabe und deren Einhaltung.
- Wir fordern, dass für Nebenfachstudierende eine eigene Klausur erstellt wird.
- Wir fordern eine bessere Koordination und Absprache zwischen fachbereichsübergreifenden Studiengängen.
- Wir fordern, dass die Universität sicherstellt, dass alle Studierende, unabhängig von ihrer finanziellen Lage, an Pflichtexkursionen teilnehmen können.

Teilzeitstudium

- Generell muss garantiert werden, dass die Gestaltung des Studienverlaufs keine Beeinträchtigungen für die erfolgreiche Absolvierung des Studiums nach sich zieht.
- Wir fordern die Schaffung einer zentralen Beratungsstelle sowie kompetente Vertreter für jeden Fachbereich/Studiengang. Diese sind zuständig für die folgenden Punkte:
 - Vereinfachung der Anerkennung des Status als TeilzeitstudierendeR
 - persönliche Betreuung im jeweiligen Fachbereich/Studiengang durch individuelle und kompetente Beratung
 - Garantie der Anerkennung aller vereinbarten Prüfungsleistungen nach erfolgreicher Beratung
- Die Prüfungsbelastung, vor allem durch Präsenzleistungen, sollten vermindert werden. Leistungen müssen grundsätzlich überprüft werden, ob sie in Präsenz erbracht werden müssen, oder ob auch andere Prüfungsformen adäquat und notwendig sind. Hierbei soll Dozierenden mehr Handlungsspielraum in Bezug auf alternative Leistungsnachweise gewährleistet werden.
- Studiengänge, die aktuell eine zu große Regeldichte (zu viele Modulvoraussetzungen, viele Module über mehr als ein Semester Dauer etc.) sollten einen eigenständigen Teilzeitstudiengang entwickeln.

Berufungsverfahren

- Wir fordern einen öffentlichen Aushang von Informationen über den generellen Ablauf von Berufungsverfahren.
- Wir fordern öffentliche Aushänge über den Verlauf aktueller Berufungsverfahren.
- Wir fordern zeitnahe und leicht zugängliche Informationen über Engpässe in der Professurbesetzung und mögliche Folgen.
- Wir fordern eine fristgerechte und qualifizierte Besetzung vakanter Professuren.
- Wir fordern Informationen über Datum und Uhrzeit von Anhörungen der Bewerber. Diese müssen per Rundmail über den Mail-Verteiler der Universität 14 Tage im Vorfeld versandt werden, um allen Interessierten die Möglichkeit der Teilnahme an Anhörungen zu geben.
- Wir fordern die Teilnahme eines/r externen ProfessorIn als Mitglied aller Berufungskommissionen, der/die von Studierenden vorgeschlagen wird.

Internationale Beratung

- Wir fordern die umgehende Umwandlung der Erasmusbüros in internationale Büros an jedem Fachbereich. Diese müssen jeden Tag erreichbar sein und mit zusätzlichen, interkulturell kompetenten Mitarbeitenden besetzt werden. Die Probleme der ausländischen Studierendenschaft müssen durch besondere Betreuung seitens der Universität kompensiert werden.

Studentische Hilfskräfte

- Wir fordern, dass alle Hiwi-Stellen an allen Fachbereichen öffentlich ausgeschrieben und an zentralen Stellen der Institute mindestens einen Monat vorher bekannt gegeben werden. Hierfür müssen Infokästen eingerichtet werden. Außerdem müssen die Stellen auf der Universitätshomepage ausgeschrieben werden.
- Wir fordern, dass ein/e TutorIn maximal 20 Studierende pro Veranstaltung betreut. Es müssen trotzdem ausreichend Tutorien für alle Studierenden angeboten werden. Die Vor- und Nachbereitung ist zu vergüten.